



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Umwelt und Grün
Frau Dr. Sabine Müller

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 13.10.2010

AN/1859/2010

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Umwelt und Grün	23.11.2010

Grillen in öffentlichen Grünanlagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Dr. Müller,

die Fraktion Pro Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün zu setzen:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beauftragt die Verwaltung, dem Rat ein Konzept über das Grillen in öffentlichen Grünanlagen zum Beschluss zu unterbreiten, das die folgenden Punkte berücksichtigt:

- (1) Das Grillen darf nur in dafür gesondert gekennzeichneten Bereichen stattfinden.
- (2) Diese Bereiche sollen sich in sicherem Abstand zum Baumbestand befinden, um Waldbrand zu verhindern.
- (3) Für die Grillbereiche wird eine Nutzungsgebühr erhoben, um die anfallenden Entsorgungskosten zu decken.
- (4) Unerlaubtes Grillen und fehlende bzw. falsche Entsorgung der Abfälle muss von Ordnungskräften stärker und regelmäßiger kontrolliert werden.
- (5) Da sich viele Grilltreffen über lange Zeiträume hinziehen, muss im Sinne der Hygiene und auch der Vermeidung weiterer Umweltverschmutzungen eine ausreichende Anzahl von Toiletten zur Verfügung gestellt werden. Kosten hierfür sollen in der Nutzungsgebühr enthalten sein.
- (6) Es sollten zudem dort, wo die Grill-Bereiche sich befinden, Hinweise aufgestellt werden, dass zu häufiges Grillen mit Holzkohle gesundheitsschädliche Folgen haben kann.

Zur Begründung: Die vergangene Grillsaison hat gezeigt, dass ein Konzept, in dem das Grillen in öffentlichen Grünanlagen klar geregelt wird, dringend notwendig ist. Vermehrt ist es in der Vergangenheit leider im Zusammenhang mit dem Grillen in öffentlichen Grünanlagen zu erheblichen Umweltbelastungen gekommen. Offensichtlich war es Personen, die das öffentliche Grün für ihr Grillvergnügen nutzten, nicht zu vermitteln, dass der von ihnen produzierte Abfall auch wieder von ihnen zu entsorgen ist. Die dadurch notwendig gewordene Entsorgung durch die Abfallwirtschaftsbetriebe im Auftrag der Stadt Köln, hat hohe Kosten verursacht, die nun von den Kölner Steuer- und Gebührenzahlern getragen werden müssen, die in der Mehrzahl kein Grillen in öffentlichen Grünanlagen betrieben haben. Abhilfe ist hier also dringend geboten und die Verwaltung ist hier auch besonders deshalb in der Pflicht, weil sie sich mit dem Erhalt der öffentlichen Ordnung und Sauberkeit durch ihre ordnungsamtlichen Kräfte in den öffentlichen Grünanlagen in der vergangenen Grillsaison sehr schwer tat.

Gez.
Grosser

Gez.
Uckermann